

16. März 2023: Reaktionen der Gewerkschaften nach dem 49-3

Exekutivkommission der CFDT: 49.3: Die Rentenreform muss aufgegeben werden.

Die Premierministerin hat soeben in der Nationalversammlung angekündigt, dass die Regierung die Verantwortung für die geplante Rentenreform übernehmen wird. Durch die Anwendung von Artikel 49.3 der Verfassung macht die Regierung offiziell, dass sie keine Mehrheit hat, um diese Reform zu verabschieden, die nie Gegenstand einer vollständigen Prüfung oder Abstimmung in der Versammlung gewesen ist.

Die von der öffentlichen Meinung abgelehnte, von der stärksten sozialen Bewegung der letzten Jahrzehnte bekämpfte und in der Nationalversammlung mit einer Minderheitsunterstützung versehene Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf 64 Jahre darf nicht mehr umgesetzt werden.

Eine Rentenreform ist eine bedeutende Maßnahme, die das Leben und das Verhältnis zur Arbeit der gesamten Bevölkerung betrifft. Sie erfordert naturgemäß einen sozialen Kompromiss. Die Regierung hat die Äußerungen der Arbeitnehmer missachtet und die Forderungen der Gewerkschaften nicht angehört. Sie hat geglaubt, sie könne darauf verzichten, um einen engen politischen Kompromiss zu versuchen. Sie muss nun ihr Reformprojekt zurückziehen, um das Dossier in der richtigen Richtung wieder aufzunehmen, indem sie sich zuerst mit der Arbeit befasst.

Die CFDT wird weiterhin handeln und sich mobilisieren, um sicherzustellen, dass diese Reform niemals umgesetzt wird. Sie wird heute Abend an einem gewerkschaftsübergreifenden Treffen teilnehmen, um die nächsten Modalitäten für einheitliche Aktionen festzulegen.

CGT: Rentenreform - Die Mobilisierungen, die Streiks müssen sich vergrößern!

Die Regierung und der Präsident haben sich gerade für den 49-3 entschieden! Das ist eine Niederlage und eine Desavouierung für sie. Der entschlossene Kampf der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Jugend, im Rahmen eines umfassenden Gewerkschaftsbündnisses, hat zu dieser Unmöglichkeit für Elisabeth Borne geführt, eine Mehrheit für ihre Rentenkonterreform zu erhalten.

Dies ist eine Verweigerung der Demokratie, die sich zu denjenigen gesellt, die den gesamten Prozess des Aufbaus und der Bestätigung dieser Reform durchgezogen haben. Ohne Misstrauensantrag würde der Gesetzentwurf also ohne jede Abstimmung in der Versammlung bestätigt werden.

Während der gesamten Prüfung des Gesetzestextes hat sich die Regierung für den Weg der Stärke entschieden: beschleunigte Verfahren, Weigerung, über Änderungsanträge abzustimmen, Druck auf Abgeordnete oder Fraktionen, Zugeständnisse an die Rechte.

Diese Reform ist ungerecht, ungerechtfertigt und nicht zu rechtfertigen. Dies wird seit Wochen von Millionen von Menschen auf Demonstrationen, durch Streiks und in allen Initiativen nachdrücklich bekräftigt. Diese massiven Mobilisierungen werden von einer sehr großen Mehrheit der Bevölkerung und fast allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unterstützt.

Die einzige Antwort der Regierung und der Arbeitgeber ist Repression: Arbeitsverpflichtung, Polizeieinsätze bei Arbeitsplatzbesetzungen, Verhaftungen, Einschüchterungen, Verletzung des Streikrechts. Das werden wir nicht zulassen!

Was die CGT gestern als ungerecht angeprangert hat, ist heute noch viel ungerechter!

Das kann uns nur ermutigen, die Mobilisierungen und Streiks zu verstärken, der Kampf geht weiter!

Montreuil, den 16. März 2023

Union syndicale Solidaires (Gewerkschaft)

Der 49-3 ist eine Leugnung der Demokratie, die sich zur Missachtung der sozialen Wut gesellt.

Veröffentlicht am 16. März 2023

Diese Regierung hat <https://syndicollectif.fr/reactions-syndicales-apres-le-49-3/> also ihre Wahl getroffen: die Wahl, keine Abstimmung gegen ihre Reform zu riskieren, und zu vermeiden, dass die Ablehnung der Reform die Türen der Nationalversammlung durchschreitet.

Es ist die historische Mobilisierung, die es ermöglicht hat, diese Regierung in ihre Schranken zu weisen.

Der 49-3 in diesem Kontext des sozialen Zorns und der massiven Mobilisierungen gießt Öl ins Feuer. Die Regierung wird dafür die Verantwortung übernehmen müssen.

Solidaires ist mit allen, die sich bereits mobilisiert haben, insbesondere durch Streiks, und mit der Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung entschlossen, sich der Umsetzung dieses Gesetzes zu widersetzen.

Die Wut muss unsere Kämpfe für Gleichheit, Reichtumsumverteilung, Ökologie und Emanzipation stärken und darf auf keinen Fall als Trittbrett für eine extreme Rechte dienen, die in unseren Mobilisierungen nicht willkommen ist.

Solidaires wird in den kommenden Stunden so einheitlich wie möglich die soziale Antwort auf diese Verweigerung der Demokratie weiter aufbauen und die Rücknahme dieses ungerechten und illegitimen Gesetzes fordern.

<https://syndicollectif.fr/reactions-syndicales-apres-le-49-3/>